

Die Junge Alternative, die Jugendorganisation der AfD, möchte Studenten und junge Akademiker ansprechen – und ist damit in diesen Tagen sehr erfolgreich. Ein Stammtischbesuch.

Von FELIX BOHR (Text)
und JAN PHILIP WELCHERING (Fotos)

Unter Opfern



Deutschtümelei und markige Sprüche:
Anwalt Marc organisiert
den Berliner Stammtisch der
Jungen Alternative.

Das Wirtshaus Bavarian ist eine volkstümliche Parallelwelt im Westen Berlins. Die Wände sind mit hellem Holz verkleidet, auf den Eichentischen liegen karierte Deckchen. Die Plastikblumen haben Staub ange-setzt. Es riecht nach Rotkohl und Wurst. »Auf Deutschland!«, sagt Joel und protest seinen Mitstreitern zu. Biergläser klirren, dazu erklingt Schunkelmusik.

Joel, 21, ist Jurastudent und Vorstandsmitglied der Berliner Jungen Alternative (JA), der Jugendorganisation der AfD. Ihre Mitglieder treffen sich einmal im Monat im Bavarian zum Stammtisch. Die zehn, die an diesem Abend gekommen sind, fügen sich gut ein in die holzvertäfelte Umgebung. Wie Joel tragen die meisten straff gekämmte kurze Haare, dazu Hemd, manche auch Schlips und Sakko. Unter ihnen sind Studenten, Personalberater und ein Hartz-IV-Empfänger. Der Älteste ist 35, der Jüngste 16 Jahre alt. Weibliche JA-Mitglieder sucht man vergebens.

Die Stammtischler wirken wütend. Sie eint die Überzeugung, dass es so nicht weitergehen kann – mit dieser Regierung, dieser Gesellschaft, diesem Land. Im Bavarian können sie endlich Klartext reden. Über Merkels Flüchtlingspolitik, die sie als »moralischen Imperialismus« bezeichnen; über die etablierten Parteien, die sich nicht trauten, Fehler zuzugeben; über die Eurorettung, die Deutschland in den Ruin treibe.

Dabei sind die Rollen in den Augen Joels und seiner Genossen klar verteilt: Sie sind die Opfer, die anderen die Täter. Die »Pinocchio-Presse« verfasste nahezu täglich »Schmierartikel« über sie. Die »Zensurbehörde« von Justizminister Heiko Maas wolle zwar Hasskommentare im Netz verbieten, allerdings nicht, wenn diese sich »gegen Deutsche« richteten. Und erst vor wenigen Monaten hätten Linksextreme den damaligen JA-Vorsitzenden in einer Berliner »No-go-Area« zusammengeschlagen.

Beweise dafür gibt es nicht. Was stimmt: Auf linken Seiten im Netz werden regelmäßig Namen und Adressen von JA-Mitgliedern veröffentlicht. Die »Antifaschistische Koordination Westberlin« ruft außerdem dazu auf, den »Menschenfeinden« der JA »öffentliche Räume zu nehmen«. Deshalb kommen auch im Bavarian gelegentlich Autonome vorbei. Dann tagt der JA-Stammtisch unter Polizeischutz.

Was da laufe, sei »Stigmatisierung als politisches Kampfmittel«, sagt Marc, 29. Am Revers des Anwalts blitzt ein blau-roter JA-Anstecker. In der Rolle der Verfolgten scheinen sich die Stammtischler wohlfühlen. Ausgrenzung schafft Identität. Die JA hat bundesweit rund 900 Mitglieder, Tendenz steigend. Dem Berliner Landesverband gehören 4 Frauen und 34 Männer an, jeden Monat kommen zwei bis drei Mitstreiter hinzu. Knapp die Hälfte von ihnen studiert.

»Na, so langsam braucht ihr noch 'nen Tisch ran, wa«, sagt die Kellnerin mit Berliner Schnauze und bayerischem Dirndl. Es gibt frisches Bier. Am Stammtisch ist jene Energie zu spüren, die der rechtskonservativen Bewegung so viel Zulauf beschert. Hier hat jeder das Gefühl, gehört zu werden. Die JA fasst alle ihre Beschlüsse basisdemokra-

tisch. Jeder darf mitmachen, jeder alles sagen – vorausgesetzt natürlich, er sieht in Flüchtlingen überwiegend kriminelle Schmarotzer, bekennt sich »offen zu Deutschland« und hält Angela Merkel für eine inkompetente Kanzlerin.

Das Programm der Berliner JA gleicht einem politischen Gemischtwarenladen. Die Forderungen reichen vom »Abhalten öffentlicher Militärparaden« bis zur Abschaffung der Zeitumstellung. Dass sich die Anliegen zum Teil widersprechen, scheint niemanden zu stören: Die JA setzt sich für die Vorratsdatenspeicherung ein und fordert zugleich die »konsequente Durchsetzung des Grundrechtes auf informationelle Selbstbestimmung«; sie steht für »einen Stopp des Ausstiegs aus der Kernkraft« und erklärt im selben Atemzug »Umweltschutz« und »Nachhaltigkeit« zu ihren Kompetenzen.

Und auch für Studenten sind ein paar Schmankerl dabei – schließlich sind die eine wichtige Zielgruppe. An den Berliner Universitäten will die JA mit der »Wiedereinführung des Diploms« und mit dem Ausbau des Erasmus-Programms Kommilitonen ködern. »Keine Massenuniversitäten« lautet eine weitere Forderung, der wohl kaum jemand widersprechen möchte. Das Fach Gender-Studies will die JA gleich ganz abschaffen, weil es sich dabei um eine »Ideologie« und »Pseudowissenschaft« handele. Deshalb lehnt man auch die »Schaffung von Unisextoiletten in öffentlichen Gebäuden« strikt ab.

Auch in Fragen der Gleichberechtigung betreibt die JA-Berlin Politik, die manch einer für »rückwärtsge-wandt« hält. Sie ist gegen Frauenquoten im öffentlichen Dienst und kritisiert geschlechtergerechte Sprache. Eine Haltung, die nicht frei von Nebenwirkungen ist: Marc räumt ein, dass es für männliche JA-Mitglieder nicht leicht sei, Frauen »von außerhalb« der Organisation kennenzulernen. Spätestens bei der Frage, wo man politisch stehe, werde es »schwierig«.

Aus den Boxen des Bavarian tönt der Schlag »Resi, i hol di mit meim Traktor ab«. Thomas von der AfD-Geschäftsstelle Berlin-Mitte betritt das Wirtshaus. Er möchte Aufkleber verteilen. Auf ihnen stehen Slogans, die Stimmung gegen Flüchtlinge machen: »Wir wollen das gar nicht schaffen!«, »Wehrt Euch, es ist Euer Land« oder »Willkommensdiktatur«. Die Aufkleber aus AfD-Eigenproduktion sollten »massiv« ausgeteilt werden, sagt Thomas.

Er möge die teilweise nicht, sagt Marc. Von der Mutterpartei AfD hingegen ist der Anwalt vollkommen überzeugt. Sie sei auf dem Weg zur Volkspartei, die CDU habe sich einfach zu weit nach links entwickelt. Derzeit gebe es wohl keine bessere Wahlkampf-helferin als Angela Merkel. Das »Wir schaffen das« der Bundeskanzlerin habe die AfD zu einem Zeitpunkt wiederbelebt, als viele die kleine Partei schon abgeschrieben hatten; allein mit dem »Thema Euro« wäre es schwierig geworden, meint Marc.

Zum Abschied ermutigt er jeden Einzelnen, dem Vorstand eine E-Mail zu schreiben, wenn er mal eine »verrückte Idee« für eine politische Aktion habe. Man könne zum Beispiel massenweise Pfefferspray an Frauen verteilen. Es scheint, als gebe es neben Angela Merkel eine weitere wichtige Wahlkampf-helferin: Angst.



»Kölle Allah«: Mit diesen Aufklebern will die AfD Stimmung machen.

Philipp hat nichts gegen die Homo-Ehe,
er findet auch den Mindestlohn
gut – trotzdem fühlt er sich bei der
Jungen Alternative aufgehoben.

